

Ana María Isidoro Losada

## **Die Konfiguration der innergesellschaftlichen Machtgruppen<sup>1</sup>**

Während des 20. Jahrhunderts haben sich in Venezuela die innergesellschaftlichen Kräfteverhältnisse trotz einiger grundlegender politischer Umbrüche nur graduell verändert.

Seit der Entdeckung der Erdölfelder 1914 war immer wieder eine Aufächerung des gesellschaftlichen Machtgefüges zu beobachten. Dies führte allerdings zu keinem Zeitpunkt zu einem tatsächlichen gesellschaftlichen Elitenwechsel,<sup>2</sup> sondern ging vielmehr mit einer Stärkung und Verfestigung der bestehenden sozialen Beziehungen und der Kontinuität traditioneller Machtkonstellationen einher. Erst mit der Regierungsübernahme von Hugo Chávez deutet sich zunehmend ein Wandel dieser innergesellschaftlichen Machtbeziehungen an.

Im Gegensatz zur Elitenzusammensetzung in anderen Ländern der ehemaligen spanischen Kolonien, die bis heute durch eine sehr eingeschränkte Zirkulation gekennzeichnet ist, kommt Venezuela eine Sonderstellung zu, da es im direkten Vergleich keine sozial homogene Elite gab, sondern historisch immer wieder Momente der sozialen Durchlässigkeit prägend waren (Gerdes 1992: 19; Hofmeister 2007: 125-129).<sup>3</sup>

Begrenzt man den analytischen Fokus auf die politischen Eliten, so können vier historische Zäsuren differenziert werden, die jeweils mit der unwi-

---

1 Der Begriff "Machtgruppen" bezieht sich auf die gesellschaftlich, politisch und ökonomisch dominanten Akteure bzw. Akteursgruppen.

2 Eine angemessene Klärung des politisch sowie konzeptionell höchst umstrittenen Begriffes "Elite" erscheint im Rahmen dieses Artikels nicht praktikabel. Insofern wird der Begriff hier nicht theoretisch-analytisch, sondern vielmehr in seiner populärwissenschaftlichen Alltagsbedeutung verwendet. Für eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Begriff "Elite" vgl. u.a. Dryzek/Dunleavy (2009: 57-78); Hradil/Imbusch (2003); Waldmann (2007: 9-30).

3 Im deutschsprachigen Kontext stellt die detaillierte und sehr aufschlussreiche Untersuchung von Claudia Gerdes *Eliten und Fortschritt: Zur Geschichte der Lebensstile in Venezuela 1908-1958* aus dem Jahre 1992 einen zentralen Beitrag zum Verständnis der Elitenausdifferenzierung in Venezuela seit dem ausgehenden 19. bis Mitte des 20. Jahrhunderts dar.

derrufflichen Ablösung und Verdrängung der ehemaligen Protagonisten<sup>4</sup> ins politische Abseits einhergehen: Erstens, der endgültige Sieg der Liberalen über die Konservativen im Bürgerkrieg 1859-1863. Die militärische Niederlage bedeutete den vollständigen Verlust der politischen Relevanz für die von José Antonio Páez geführten traditionellen Eliten und Militärs. Es folgten drei Jahrzehnte liberaler Hegemonie. Der zweite tiefgreifende Elitenwechsel kann auf das Jahr 1899 datiert werden, als Cipriano Castro die Regierungsgewalt an sich riss. Er selbst wurde 1908 von seinem ehemaligen militärischen Weggefährten General Juan Vicente Gómez gestürzt. Die Ära, in der autoritäre Militärs aus der andinen Region Táchira die politischen Geschicke des Landes bestimmen sollten, hielt bis 1935 an. Der ebenfalls gewaltsame Sturz dieser andinen Militärclique im Jahr 1945 durch eine zivilmilitärische Allianz, bestehend aus Vertretern der mittleren Rangstufen der venezolanischen Streitkräfte unter der Führung von Marco Pérez Jiménez und der sozialdemokratisch ausgerichteten Partei *Acción Democrática* (AD) unter Rómulo Gallegos, kann als der dritte Bruch in der Geschichte der politischen Elitenkonstellation in Venezuela gewertet werden. Binnen einer Woche wurde die gesamte ehemalige tachirensische Elite aus allen administrativen und politischen Ämtern entfernt. Der Militärputsch unter dem Kommando von Pérez Jiménez 1948 ging nicht mit der Rückkehr dieser andinen militärischen Elite einher. Mit dem Eliten-Konsens von Punto Fijo 1958 kamen u.a. die zivilen Protagonisten des Umsturzes von 1945 wieder an die Macht und es begann die vier Jahrzehnte währende Zweiparteienherrschaft von AD und dem christdemokratisch orientierten COPEI (*Comité de Organización Política Electoral Independiente*). Der vierte und vorläufig letzte politische Elitenwechsel vollzog sich mit dem Wahlsieg von Hugo Chávez 1998 und der anschließenden Verdrängung der ehemaligen politischen Eliten der sogenannten "IV. Republik" (Petkoff 2008: mdl.).<sup>5</sup>

4 In diesem Artikel herrschen die männlichen Formen vor, was keinem geschlechtsblinden Sprachgebrauch, sondern vielmehr stilistischen Gründen geschuldet ist.

5 Angesichts des von reaktionären Oppositionellen unternommenen Putschversuches im April 2002, der zur Übernahme sämtlicher Regierungsgeschäfte durch Pedro Carmona Estanga, den Präsidenten des Unternehmerdachverbandes FEDECAMARAS und der Absetzung sowie Inhaftierung von regierungsfreundlichen und -treuen Akteuren führte und binnen Stunden zentrale Organe der Staatsgewalt außer Kraft setzte, lassen erahnen, dass ein zukünftiger Regierungswechsel – ob unter demokratischen Bedingungen oder über Gewaltanwendung – erneut mit einem weitreichenden Austausch der politischen Eliten einhergehen wird.

Um die Kontinuitäten und aktuellen Brüche im innergesellschaftlichen Machtgefüge in ihrem jeweiligen sozioökonomischen und politischen Kontext verorten zu können, zeichnet der nachfolgende Artikel sowohl historisch als auch aktuell die Bedeutung der Erdölrente und die enge Verschränkung zwischen sozioökonomischer Entwicklung, gesellschaftlichem Einfluss und politischer Macht im Land nach.

### **1. Von der traditionellen Land- und Plantagenoligarchie zum modernen Handels- und Unternehmertum**

Nach der Unabhängigkeit bauten die bereits während der Kolonialzeit in Venezuela niedergelassenen, meist spanischstämmigen, aber zu einem nicht geringen Umfang auch nichthispanischen Handelshäuser intensive Geschäftsbeziehungen mit Ländern Europas und den Vereinigten Staaten aus. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts kristallisierte sich nach und nach eine venezolanische Handelsbourgeoisie heraus, die ihre Position bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts insbesondere über den zunehmenden Export- und Importhandel stärkte und zusammen mit der Land besitzenden Oligarchie die zentralen ökonomischen und sozialen Machtgruppen des Landes ausmachte.

Im Zusammenhang mit der Konsolidierung des venezolanischen Nationalstaates nimmt General Juan Vicente Gómez eine entscheidende Rolle ein. Der von 1908 bis 1935 die Geschicke des Landes beherrschende Diktator forcierte durch die Beschleunigung und Vertiefung der punktuell bereits unter den Vorgängerregierungen eingeleiteten administrativen Reformen sowie den Aufbau einer professionalisierten nationalen Armee eine weitreichende Zentralisierung der Macht (Pino Iturrieta/Méndez 1988). Hierüber gelang die Ausschaltung der rivalisierenden regionalen Caudillos. Flankiert durch den massiven Ausbau der Verkehrsverbindungen zeichnete sich erstmals seit Beginn der Unabhängigkeitskämpfe eine landesweite Integration Venezuelas ab (Coronil 2002: 88; Zeuske 2008).

Machtpolitisch stützte sich das hochgradig personalisierte Regime von Vicente Gómez überwiegend auf das Militär. Zudem war Korruption in dieser Ära ein probates Mittel und allgegenwärtig. Es entstand ein engmaschiges Klientel- und Pfründesystem, das sich unter anderem dadurch auszeichnete, dass der Großteil der Staatsämter mit Militärangehörigen besetzt wurde, die aus der Heimatregion des Diktators stammten. Im Gefolge des autoritären Staatsoberhauptes rückten somit viele Gómez-Anhänger in die Schaltstellen der Macht auf, was mit der Verdrängung bisher einflussreicher politischer Eliten und einer deutlichen Auffächerung der wirtschaftlichen

Machtgruppen und obersten sozialen Segmente einherging. Die traditionelle Oberschicht musste sich mit den neuen Emporkömmlingen aus Táchira arrangieren (Gerdes 1992).

Mit der Entdeckung reichhaltiger Erdölfelder 1914 und dem in den 1920er Jahren einsetzenden Exportboom setzte ein rascher wirtschaftlicher Aufschwung ein. Bereits 1928 nahm Venezuela weltweit den zweiten Platz unter den Erdölproduzenten und den ersten Platz unter den Erdölexporteuren ein (Coronil 2002: 81; Karl 1997: 80). Damit verbunden war, dass dem bis dato in ökonomischer Hinsicht eher unbedeutenden Staat plötzlich ein Verteilungsmodus offen stand, der einen enormen Machtzuwachs bedeutete. Zukünftig sollte der Staat nicht nur Eigentümer der Bodenschätze, sondern auch Adressat der sprudelnden Erdölrente sein (Karl 1997: 77ff.; Sonntag 1984: 19).

Das neue, florierende Erdölgeschäft veränderte die innergesellschaftlichen Machtverhältnisse: Mit der Bedeutungszunahme internationaler Produktions- und Handelszusammenhänge gewannen die aufstrebenden multinationalen Erdölgesellschaften sowie petrochemischen Industrieunternehmen beachtlich an ökonomischem und politischem Einfluss. Darüber hinaus zählten die nachfolgenden Akteure (weiterhin) zu den zentralen Machtgruppen des Landes: Zum einen die *Großgrundbesitzer*. Diese nutzten ihren Besitz und traditionellen Einfluss, um sich erstens durch den Verkauf von Landbesitz an die Erdölgesellschaften zu bereichern. Zweitens erhielten sie eine Zeitlang Gewinne aus den Konzessionen für die Erdölförderung auf ihrem Land. Und drittens stärkten sie ihre ökonomische Position über erfolgreiche Spekulationen mit Grundstücken, die im Zuge der beschleunigten Verstädterung und Bevölkerungskonzentration in den urbanen Zentren des Landes entstanden. Zum anderen das *Importhandel-Unternehmertum*, das eng mit ausländischen Investoren verbunden war und vor allem von dem einsetzenden Importboom profitierte. Und schließlich der *politische Verwaltungsapparat* bzw. die *hohen Funktionäre im Öffentlichen Dienst*, die ihre Position dafür nutzten, über die Erteilung von Erdölförderkonzessionen Prämien beiseite zu schaffen (Lacabana 2006: 320).

Die Ausweitung des Erdölsektors förderte das Aufkommen von neuen Klassen und sozialen Gruppen, deren Macht und ökonomische Prosperität eng mit der staatlich kontrollierten Verteilung der Erdölrente verschränkt waren. Der sich mit den strukturellen Veränderungen abzeichnende Bedeutungsverlust der Land- und Plantagenwirtschaft sowie die Vernachlässigung einer diversifizierten Industrialisierung provozierte nicht nur eine alarmie-

rende Schwächung bzw. Vernichtung der ehemals florierenden Kaffee- und Kakaoindustrie, sondern löste in der Folge eine massive Binnenmigration aus, was den Urbanisierungsprozess beschleunigte (Karl 1997: 80ff.). Letzterer ging mit einer spürbaren Aufwertung von urbanen Flächen und somit einer zunehmenden Grundstücksspekulation einher. Ohne Zweifel trug die mit diesem Prozess einsetzende vermehrte Nachfrage und öffentliche Bereitstellung von Infrastruktur maßgeblich zu einer stärkeren Diversifizierung des nationalen Unternehmertums bei. Insbesondere der forcierte Ausbau von Straßen- und Brückeninfrastruktur, der Sektor, in dem die meisten Investitionen aus öffentlicher Hand getätigt wurden, stärkte sowohl die heimische Baubranche als auch die eng mit ihr kooperierenden Spekulanten um städtische Grundstücke und Immobilien, die in der Regel dem nationalen Bürgertum zuzurechnen waren. Die aus dem Bauboom stammenden Überschüsse wurden lediglich zu einem geringen Teil innerhalb der Branche re-investiert. Der Löwenanteil floss stattdessen in den wachsenden Industrie- und Handelssektor (Carvallo/Hernández 1981; Lacabana 2006: 321; Machado de Acedo/Plaza/Pacheco 1981).

Parallel zu der beschriebenen Expansion der Bau- und Handelsbranche sah sich in der Folge ein Teil der Bevölkerung in die Lage versetzt, über Sparanlagen Rücklagen zu bilden; hinzu kamen die nicht re-investierten Gewinnüberschüsse der Unternehmer. Diese Geldanlagen trugen zu einem Anwachsen des Bankensektors maßgeblich bei. Mit der Unterstützung des Staates entwickelten sich nun auch neben der traditionellen Oligarchie<sup>6</sup> und den oben genannten Machtgruppen die Protagonisten der Baubranche sowie des nationalen Bankgewerbes zu einflussreichen Akteuren (Lacabana 2006: 321). Die beschriebenen Machtverschiebungen und insbesondere die Auffächerung innerhalb der nationalen ökonomischen Elite sowie die wachsende Bedeutung des Binnenmarktes bewirkten in der Folge eine Veränderung der Beziehungen mit den ausländischen Investoren. Das Kohlenwasserstoffgesetz von 1943 sicherte dem venezolanischen Staat im Erdölgeschäft eine Gewinnbeteiligung von 60:40 gegenüber den ausländischen Investoren (Mommer 1985: 209).<sup>7</sup> Diese Neuregelung lässt sich insgesamt als ein deut-

---

6 Zu den traditionell einflussreichen Familienunternehmen, die seit Beginn des 20. Jahrhunderts mit der Land- und Plantagenwirtschaft sowie dem Handel prosperierten und bis heute zu den wichtigsten Privatunternehmern zählen, gehören beispielsweise die Familien Blohm, Boulton, Delfino, Machado, Mendoza, Phelps, Sosa und Vollmer (Ortiz 2004: 71; Rangel 1972).

7 Die starke Verhandlungsposition des venezolanischen Staates gegenüber der Royal-Dutch-Shell Company sowie US-amerikanischen Investoren muss auch vor dem Hinter-

liches Indiz für den Machtzuwachs der einheimischen Akteure deuten (Espinasa 2001; Lacabana 2006: 322). Die gesellschaftlichen und ökonomischen Transformationen beförderten zugleich das Entstehen einer schmalen venezolanischen Erdölindustrie- und Arbeiterklasse. Zudem setzte eine Verbreiterung und Ausdifferenzierung der Mittelschichten ein, die als höhere Angestellte im Öffentlichen Dienst, aber auch im Privatsektor von den national zirkulierenden Erdöleinnahmen profitierten. Terry Lynn Karl verwies in diesem Zusammenhang auf das Bild einer auf den Kopf gestellten Sozialklassen-Pyramide, bei der eine breite nichtproduzierende urbane Mittelschicht eine langsam wachsende Arbeiterklasse überlagerte (Karl 1997: 82). Die 1941 gegründete *Acción Democrática* (AD), die erste venezolanische Massenpartei mit vorwiegend ländlicher Basis und sozialpolitischem Parteiprogramm, löste das herrschende Militärregime 1945 durch einen Staatsstreich ab. Das demokratische Intermezzo fand allerdings 1948 durch den Putsch von General Marcos Pérez Jiménez ein rasches Ende. Während des folgenden Jahrzehnts wurden die Ausgaben für ambitionierte Infrastrukturprojekte weiter erhöht, was die exponierte Stellung der durch staatliche Investitionen und Zuwendungen subventionierten Bauunternehmerelite zusätzlich unterstrich (Coronil 2002: 199ff.).<sup>8</sup>

## 2. Der Elitenkonsens von 1958

Mit dem Sturz der Pérez Jiménez-Diktatur 1958 setzte die Institutionalisierung und Konsolidierung der sogenannten „paktierten Demokratie“ ein. Der politische Pakt kann als ein Kompromiss der politischen, ökonomisch und gesellschaftlich herrschenden Interessengruppen beschrieben werden, bei dem es über ausgehandelte Verfahrensregeln gelang, die Berücksichtigung bzw. Durchsetzung der jeweiligen Partikularinteressen der beteiligten Akteure zu garantieren. Neben drei politischen Parteien – der sozialdemokratisch orientierten AD, dem christdemokratischen COPEI (*Comité de Organización Política Electoral Independiente*) und der URD (*Unión Republicana Democrática*) – zählten insbesondere der Unternehmerdachverband FEDECAMARAS (*Federación de Cámaras de Comercio y Producción*) als wichtigster Vertreter der nationalen Unternehmerschaft, der zentrale Gewerkschafts-

---

grund der Erfahrungen der Nationalisierung des Erdölsektors in Mexiko 1938 sowie dem Zweiten Weltkrieg und der hohen Abhängigkeit Großbritanniens, der Niederlande und der USA vom venezolanischen Erdöl gesehen werden (Mommer 1985: 207ff.).

8 Rómulo Betancourt prägte in diesem Zusammenhang den Ausspruch: „la política del concreto armado“ („Die Stahlbeton-Politik“).

dachverband CTV (*Confederación de Trabajadores de Venezuela*), die Kirche und das Militär zu den zentralen Protagonisten dieses paktierten Konsenses. Alternative sowie radikale politische Kräfte wie beispielsweise die Kommunistische Partei (PC), die entscheidend zur Entmachtung des Diktators beigetragen hatten, blieben ausgeschlossen. Die beiden politischen (Massen-)Parteien AD und COPEI und die korporatistischen Bündnispartner entwickelten sich für Mitglieder aus der Mittelschicht und in deutlich geringerem Umfang auch für Teile der Arbeiterschicht zu zentralen Aufstiegskanälen. Rückblickend war diese Form der sozialen Aufwärtsmobilität und das teilweise Aufrücken ins politische Machtzentrum neu und durchaus charakteristisch für die vier Jahrzehnte währende Ära der Zweiparteienherrschaft.

In den 1970ern führten die selbstbewusste Preispolitik der OPEC-Staaten und die Nationalisierung der Erdölindustrie zu einer Vervielfachung der Staatseinnahmen. Die beeindruckenden Wachstumsraten nutzte Präsident Carlos Andrés Pérez (1974-1979), um die öffentlichen Ausgaben immens zu steigern (Mommer 2003: 170). Besonderes Augenmerk richtete die Regierung auf die massive Förderung der (Schwer-)Industrie und den Ausbau der Infrastruktur. Häufig überdimensionierte Großprojekte wie beispielsweise die Errichtung eines neuen Industriegebiets mit Aluminium- und Eisenhütten in Ciudad Guayana oder der Bau eines der größten Staudämme weltweit sollten Venezuela in die Liga der Industriestaaten katapultieren. Bei der Umsetzung seiner Industrialisierungs-offensive setzte Andrés Pérez auf die Unterstützung der sogenannten "Zwölf Apostel", einer Gruppe junger, weitgehend unbekannter Unternehmer, die sich weitestgehend aus Freunden und Bekannten des Präsidenten rekrutierten. Im Gegenzug für politische Loyalität wurden diese neuen Akteure mithilfe der staatlichen Aufträge und präferentieller Behandlung über Nacht zu mächtigen ökonomischen Einflussgrößen. Die ungeheure Finanzkraft des Staates und die gezielte Förderung und politische Loyalitätssicherung der neuen jungen Unternehmergruppe bewirkte eine Ausdifferenzierung der ökonomisch wichtigen Akteursgruppen.

Die generelle Maxime zielte allerdings weniger auf den Aufbau nachhaltiger Industriekomplexe oder Infrastrukturprojekte; stattdessen wurde überwiegend auf kurzfristige maximale Gewinne gesetzt. Zugleich trieben Grundstücksspekulanten auf der einen und illegale Kommissionszahlungen an private Unternehmer sowie mehrfache Subkontraktionen auf der anderen Seite die Preise und Kosten in die Höhe. Zu den Profiteuren des staatlich subventionierten Booms zählten neben dem Bankenwesen auch die Branchen Bau, Finanzen und Zement, die außergewöhnliche Gewinnmargen rea-

lisierten. Das Vorgehen des Präsidenten brüskierte nicht nur die alteingesessenen Unternehmergruppen, sondern führte auch zu einer deutlichen Distanzierung der regierenden AD. Beide Akteursgruppen warfen der amtierenden Regierung die Verschleuderung von Staatsgeldern und das Ausufern der Korruption vor (Duno 1975; Ortiz 2004: 79ff.; *Der Spiegel*, 11.12.1978). Im Schatten dieser Entwicklungen begannen die – von den ehemaligen ausländischen Konzessionären für die Führung der nationalisierten PDVSA ausgewählten – venezolanischen Fach- und Managementkräfte, schrittweise die nationale Erdölgesellschaft dem staatlichen Einfluss zu entziehen und pflegten inoffiziell weiterhin intensive Beziehungen mit ausländischen Investoren. Damit war der Grundstein für den “Staat im Staat” gelegt (Mommer 2003: 168ff.; Urbaneja 1995: 293f.).

### **3. Die Implosion des politökonomischen Systems und das gesellschaftspolitische Versagen der traditionellen Machtgruppen**

Mit dem Rückgang der Erdölpreise und dem starken Anstieg der Zinsen auf den internationalen Kreditmärkten Anfang der 1980er Jahre stießen die bis dato florierende Rentenökonomie und die erdölbasierte staatliche Verteilungspolitik an ihre Grenzen. Die Entwicklung kulminierte in der offiziellen Zahlungsunfähigkeitserklärung von 1983.

Die integrierende Wirkung des über vier Jahrzehnte dominierenden Zweiparteiensystems basierte auf einem ausgeprägten und stetig wachsenden Klientel- und Subventionssystem. Diese informellen Einflusskanäle sowie staatliche Transferleistungen an die verschiedenen gesellschaftlichen – insbesondere auch subalternen – Gruppen entwickelten sich zu den zentralen, da Stabilität sichernden Politikelementen, die lange Zeit die Legitimität des herrschenden Systems begründeten. Gesamtgesellschaftliche soziale Gegensätze wurden zwar nicht strukturell abgebaut, aber durchaus lange Zeit überlagert (Boeckh 1988; 1997; Carlos Rey 1991; Karl 1987; Villasmil Bond 2005).

Die staatskapitalistische, rentengestützte Wirtschaftsstrategie ging mit der Herausbildung einer ausgeprägten politisch-administrativen Bürokratie einher, deren personelle Besetzung von den zentralen Akteuren des Zweiparteiensystems dominiert wurde. In dieser Phase der sogenannten “partidocracia” waren Korruption, Ämterpatronage und Nepotismus als zentrale Entscheidungsmomente politischer und ökonomischer Karrierepfade in weiten Kreisen gesellschaftlich akzeptiert. Das Resultat war eine überkomplexe Verwaltungsstruktur, die weder Effizienz- noch demokratischen Transpa-



renzkriterien genügte und einer enormen Ressourcenverschwendung Vor-  
schub leistete (Boeckh 1988; Karl 1987; Levine 1978; Levine/Crisp 1999).

Im Verlauf der 1980er Jahre geriet Venezuela in eine Phase der sozio-  
ökonomischen Regression, die in eine zunehmende Delegitimation des po-  
litischen Systems und deren Repräsentanten mündete. Angesichts einer  
zunehmend angespannten innenpolitischen Situation organisierten sich zahl-  
reiche Interessengruppen, die aus Unternehmern, Intellektuellen und Aka-  
demikern bestanden. Diese forderten eine neoliberale Kehrtwende und traten  
in diesem Kontext später auch für den Washington-Consensus als einzigen  
Ausweg für eine Re-Stabilisierung des Landes ein (Lacabana 2006: 331).  
Die Hinwendung zum neoliberalen Paradigma leitete nicht nur eine Neuord-  
nung innerhalb der gesellschaftlich herrschenden Machtgruppen, sondern  
auch einen Abbau der aus den Überschüssen der Erdölbonanza alimentierten  
sozialen Transferbeziehungen ein.

Die innenpolitisch angespannte Situation eskalierte schließlich, als ange-  
sichts der negativen Wirtschaftsentwicklung und des Druckes von Seiten der  
verschiedenen Interessengruppen die Regierung 1989 ein vom Internatio-  
nalen Währungsfonds auferlegtes Strukturanpassungsprogramm umzuset-  
zen begann, das unter anderem die Liberalisierung des Erdölsektors vorsah  
(Naím 1993). Über Nacht wurden die einkommensschwachen Bevölke-  
rungsgruppen mit massiven Preiserhöhungen konfrontiert.<sup>9</sup> Angesichts ihrer  
ökonomischen Aussichtslosigkeit reagierten Tausende mit tagelangen, hefti-  
gen Massenprotesten. Dieses als “Caracazo” bekannt gewordene Ereignis,  
dem nicht offiziellen Angaben zufolge allein in Caracas ca. 1.000 Menschen  
zum Opfer fielen, sorgte auch international für großes Aufsehen.

Zahlreiche Massenmedien und Interessenvertretungen konservativer Ak-  
teure setzten sich zunehmend für den Rückbau des Staates ein. Von nicht zu  
unterschätzender Bedeutung ist in dieser Phase der Einfluss internationaler  
Technokraten, die sich dafür aussprachen, dass der “Sachzwang Globalisie-  
rung” keine andere Option zuließe, als die ökonomische Liberalisierung  
voranzutreiben, um sich auf dem Weltmarkt behaupten zu können (Lacabana  
2006: 333). Der globale Siegeszug des neoliberalen Paradigmas fiel auch bei  
den nationalen Technokraten, die ihre Ausbildung und Titel an den US-ame-  
rikanischen Universitäten erlangt hatten, sowie bei den Erdöl-Technokraten  
auf fruchtbaren Boden. Beide Gruppen können als wichtigste Akteure bei  
der konkreten Durchsetzung neoliberaler Politiken identifiziert werden. Die

---

9 So stiegen beispielsweise die Preise für den öffentlichen Nahverkehr von einem Tag auf  
den anderen um mehr als 200%.

Wirtschaftstätigkeiten konzentrierten sich erneut auf den Primärsektor, da der Hauptanteil an ausländischen Investitionen im Erdöl- und Bergbausektor verbucht wurde. Die Transformationen lösten nicht nur massive Verteilungsprobleme, sondern auch Konflikte mit den nationalen Industrieunternehmen aus, die über die letzten Jahrzehnte mit staatlichen Subventionen und Anreizen gewirtschaftet hatten und sich plötzlich mit massiver ausländischer Konkurrenz sowie einer weitreichenden Deindustrialisierungspolitik<sup>10</sup> konfrontiert sahen. Die Liberalisierung des Erdölsektors hatte die Rückkehr der transnationalen Erdölgesellschaften und eine fortschreitende Reprivatisierung der nationalen Erdölindustrie zur Folge. Damit ging einher, dass der Staat zunehmend Einbrüche in den aus dem Erdöllexport stammenden Einnahmen verbuchte und immer mehr die Kontrolle über die eigene Industrie abtrat (Lacabana 2006: 336; Naím 1993).

Die im Erdöl- und Bergbausektor agierenden ökonomischen Machtgruppen konnten trotz der finanzpolitischen Unsicherheiten mit der Unterstützung des Bankgewerbes rechnen. Neben hohen Zinsen wurden auch ihre privilegierten Konditionen bei Anleihen weiter aufrechterhalten. Eine Entscheidung, die erheblich zu der schweren Finanzkrise 1994 beitrug.<sup>11</sup> Insbesondere die mittleren und unteren Einkommensgruppen mussten dabei hilflos zusehen, wie die einst erzielten Wohlstandsgewinne binnen weniger Jahre zunichte gemacht wurden und sie selbst zunehmend in Existenznot gerieten.

---

10 Ab 1992 wurde pro Jahr ein Rückgang von 100.000 Arbeitsplätze im Industriesektor gezählt (-20%) (Lacabana 2006: 336).

11 Die Banken- und Finanzkrise hatte dazu geführt, dass die staatlichen Finanzinstitutionen privatisiert und nationale Banken von ausländischen Privat- und Großbanken aufgekauft wurden. Die eingeleiteten wirtschaftlichen Maßnahmen begünstigten die Import-Unternehmer und die Liberalisierung der Zinspolitik verlieh dem Bankensektor eine neue Schlüsselrolle in dem Akkumulationsprozess (Lacabana 2006: 336).

#### **4. Der Aufstieg von Hugo Chávez und die Verdrängung der alten politischen Eliten**

Die Regierung und die Führungsriege der beiden Großparteien demonstrieren trotz der zunehmenden sozialen Spannungen und der massiv erodierenden Legitimität des politischen Systems fortgesetzte Handlungsunfähigkeit, die rückblickend einer politischen Selbstentmachtung gleichkam. Diese Entwicklungen bereiteten in der Summe den Weg für den Wahlerfolg von Hugo Chávez im Dezember 1998.

Als eine seiner ersten offiziellen Verlautbarungen verkündete der Präsident das Ziel eines neuen Gesellschaftsmodells. In dessen Zentrum sollte einerseits die Abkehr von dem bis dato geltenden (neo-)liberalen (Wirtschafts-)Konzept<sup>12</sup> und andererseits die Betonung des „Volkes“ als „Souverän“ und somit die Bürger als neue zentrale politische Akteure stehen.

Mit seinem Regierungsantritt versuchte Hugo Chávez, die Marginalisierung der bisher herrschenden, insbesondere politischen Machtgruppen einzuleiten. Im Vordergrund stand dabei die Absicht, die anvisierten politischen Reformen und damit auch die eigene Machtbasis über einen kontrollierten Elitenwechsel abzusichern. Dabei stützt er sich bis heute vor allem auf ehemalige sowie aktive Militärangehörige. Bereits im Rahmen der Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung 1999 erhielten mehrere Militäroffiziere – u.a. ehemalige militärische Aufständische – ausreichend Stimmen, sodass sie bei der Ausarbeitung der „Bolivarischen Verfassung“ und somit auf die Ausgestaltung des neuen politischen System direkten Einfluss nahmen (Norden 2003: 101f.). Es wurde u.a. verfassungsrechtlich festgeschrieben, dass das Militär sich sowohl im Rahmen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung als auch im Kontext der „nationalen Entwicklung“ einzubringen habe (Artikel 326 der „Bolivarischen Verfassung“). Außerdem wurde das Wahlrecht

---

12 Im ökonomischen Kontext zählen die Rückkehr zu einer stark binnenwirtschaftlich – inzwischen deutlich staatskapitalistisch – fokussierten Entwicklungsstrategie sowie ein intensiver Ausbau der Süd-Süd-Kooperation zu den propagierten Kernelementen der Chávez-Regierung. Hierzu wird erneut auf das rentengestützte Entwicklungsmodell als dem zentralen wirtschaftlichen Antriebsmotor zurückgegriffen: Die Revitalisierung der OPEC führte zu einem rasanten Anstieg der Erdölpreise und sichert bis heute trotz der Einbrüche im Jahr 2008 enorme Staatseinnahmen.

In den vergangenen Jahren wurden immer mehr kritische Stimmen laut, die der Regierung und den nationalen Ökonomen vorwarfen, eine zukunftsgerichtete und produktive Wirtschaftspolitik sowie die Diversifizierung der Wirtschaftsstrukturen zu vernachlässigen und das Augenmerk – neben dem Erdölsektor – einseitig auf die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien zu richten (*El Universal*, 18.11.2009; Werz 2009).

auf Militärangehörige ausgeweitet und somit eine Politisierung des Militärs eingeleitet (Art. 330). Seit 1998 erfüllen die Militärs nicht mehr nur explizit verteidigungspolitische Ziele, sondern übernehmen darüber hinaus auch alltägliche politische Funktionen. Auch die Umsetzung der zahllosen Sozialprogramme basiert maßgeblich auf der Unterstützung bzw. dem Einsatz von Militärangehörigen (Trinkunas 2004: 57).

Um oppositionelle Kräfte und konservative Widerstände innerhalb des Militärs zu schwächen, wurde die Kommando- und Verwaltungsstruktur der Armee zentralisiert und die ehemals autonomen Teilstreitkräfte und Organisationseinheiten Marine, Luftwaffe, Nationalgarde und Heer zusammengefasst (Art. 328). Zudem wurde der Nationalversammlung die Ermächtigung entzogen, im militärischen Bereich Beförderungen zu bewilligen. Diese Befugnis wurde auf die Militärinstitution und den Präsidenten übertragen, wodurch seither eine parlamentarische Kontrolle entfällt (Art. 331, 236). Nach dem auch militärisch unterstützten Putsch von 2002 nutzte Chávez diese Vollmacht, um loyale Militärs unabhängig von der militärischen Rangstellung zu befördern.

Die Integration einer steigenden Zahl von weiterhin aktiven oder bereits aus dem Dienst ausgeschiedenen Militärangehörigen innerhalb der öffentlichen Verwaltungsstruktur bzw. die Besetzung zentraler Staatsfunktionen und ökonomischer Posten mit Militärs zählt zu den Kernelementen der neuen Machtkonfiguration. Da für die Durchsetzung der Reformen und die Umstrukturierung der politischen und administrativen Zusammensetzung auf Staatsebene loyales Personal notwendig war, wurden viele Akteure in hohe politische Ämter berufen, ohne dabei Kompetenz und Qualifikation zu berücksichtigen. Ausschlaggebend war die Gunst des Präsidenten. Daraus resultierte, dass oftmals die militärischen Ränge unberücksichtigt blieben und in der Folge politische Entscheidungsstrukturen geschaffen wurden, in denen hochrangige Offiziere plötzlich von niedrigrangigen Offizieren Anweisungen erhielten, was zu internen Konflikten führte (Norden 2003). Ähnlich verlief es mit der Besetzung ökonomischer Schlüsselpositionen.

Die Verflechtung zwischen Militär, Politik und Ökonomie wurde immer enger. Trinkunas (2004: 59) verweist darauf, dass bereits im Jahr 2000 mehr als 150 hochrangige Offiziere höhere Posten in der Verwaltungs- und Ministerialstruktur sowie innerhalb des staatlichen Erdölkonzerns PDVSA und dem Obersten Gericht bekleideten. Im Januar 2010 bezifferte sich die Zahl der von aktiven und pensionierten Militärs besetzten administrativen und politischen Posten bereits auf 2.200 (*Wirtschaftsnachrichten Venezuela*,

28.01.2010). *De facto* kann somit eine kontinuierliche "Militarisierung" der Politik und des gesellschaftspolitischen Alltags nachgezeichnet werden (vgl. hierzu den Beitrag von Hernán Castillo in diesem Buch).

Seit dem Regierungsantritt 1999 konzentrieren sich die politischen Entscheidungskompetenzen immer stärker auf die Person von Hugo Chávez. (Partei-)Politisch äußerte sich dies besonders in den Auseinandersetzungen um das Projekt der "Vereinten Sozialistischen Partei Venezuelas" (PSUV) in den Jahren 2007/2008. Bereits bei der Wahl der Delegierten traten deutliche Spannungen zwischen Funktionären der Regierung und der Basis zutage, wobei wiederholt Versuche der Einflussnahme von Seiten amtierender Politiker im Zentrum der Auseinandersetzungen standen. Kritisiert wurde, dass Chávez als Vorsitzender des PSUV im Rahmen der Kandidatenaufstellung aus Tausenden von eingereichten Vorschlägen eine Vorauswahl von 69 Personen getroffen hatte, aus denen wiederum 15 ausgewählt werden sollten. Auch aus den Reihen der Delegierten sorgte dieses Prozedere und die fehlende Transparenz für Entrüstung. Die Kandidatenauswahl war nicht nur durch politische Einflussnahme geprägt, sondern ließ auch den Vorwurf der Korruption und des Klientelismus aufkommen (*El País*, 09.03.2008; Lambert 2008; *Soitu.es*, 09.03.2008).

Ehemalige Chávez-Anhänger bzw. Sympathisanten wie beispielsweise ehemalige Koalitionspartner setzen sich in den Jahren 2007 und 2008 entschieden für einen pluralen bzw. offenen und konstruktiven bzw. selbstkritischen Diskussionsprozess im Regierungslager ein. Diese Forderungen wurden u.a. von der Partei *Patria para Todos* (PPT), dem *Partido Comunista de Venezuela* (PCV) und der Partei *Por la Democracia Social* (PODEMOS) sowie dem bis Juli 2007 amtierenden Verteidigungsminister Raúl Baduel und weiteren regierungsfreundlichen Bürgermeistern und Gouverneuren sowie Intellektuellen vertreten.

Wer sich dabei allerdings allzu deutlich der von oben dekretierten Willensbildungs- und Politikpraxis widersetzt, muss häufig mit politischen Konsequenzen rechnen. So kam es im Vorfeld der im November 2008 durchgeführten Regional- und Kommunalwahlen zu einer ganzen Reihe von Parteiausschlüssen. Im April 2008 wurden der damals amtierende Bürgermeister des Munizips Iribarren in Barquisimientó, Henry Falcón, sowie die Abgeordneten Wilmer Azuaje, Wilmer Pérez und Luis Díaz aus dem PSUV ausgeschlossen. Als Anlass diente der Vorwurf, sie hätten den Wahlkampf für die Regionalwahlen im November frühzeitig begonnen. Tatsächlich scheinen

vor allem politische Gründe eine entscheidende Rolle gespielt zu haben, da Falcón und Azuaje sich als Kandidaten für die Gouverneursposten in Lara und Barinas in Konkurrenz zu anderen PSUV-Kandidaten aufstellen lassen wollten, während die anderen Abgeordneten mit dem Dissidenten Luis Tascón sympathisierten und die Gründung eines alternativen Parteiflügels in der Nationalversammlung beabsichtigten (*YVKE Mundial*, 30.04.2008).

Zu den sehr wirksamen Instrumenten, um Kritik und Widerspruch in den eigenen Reihen möglichst gering zu halten, zählt die Einbindung in den Staatsapparat oder eben auch der politische Ausschluss. Die permanente Rotation und häufige Personalwechsel verhindern dabei das Entstehen von Seilschaften, aber gleichzeitig wird sichergestellt, dass einzelne Entscheidungsträger keine starke politische Rolle entfalten können. Ein hohes Maß an Intransparenz und Willkür bei der Ämtervergabe verdeutlichen, dass personelle Veränderungen primär vom Willen des Präsidenten abhängig sind. Ein Effekt dieser staatlichen Personalpolitik ist allerdings, dass die Herausbildung effizienter Verwaltungsstrukturen verhindert wird, da die häufige Umbesetzung zur Folge hat, dass Fachkompetenz und institutionelles Wissen nicht entstehen bzw. adäquat genutzt werden kann (siehe auch den Beitrag von Azcargorta/Paulus in diesem Band).

Mit der Veränderung des Verteilungsmodus und der zunehmend polarisierenden Rhetorik zwischen Präsident und Opposition schwächte sich die anfangs noch bestehende Zustimmung großer Teile der Mittelschicht und des privaten Unternehmertums für die neue Regierung rasch ab (Boeckh/Graf 2005; Ortiz 2004 85ff.; Welsch/Carrasquero 2001). Die implizite Aufkündigung der alten Transfer- und Subventionskanäle verdeutlichte den Repräsentanten der alten politischen Elite sehr bald, dass das jahrzehntelang kultivierte, erfolgreich ausbalancierte „Miteinander“, das darauf beruhte, dass die jeweils siegreiche Partei die Anhänger der früheren Regierungspartei übernahm und weiterhin alimentierte, nun keine Gültigkeit mehr besaß.<sup>13</sup> Aber auch alle anderen Akteure innerhalb der „paktierten Demokratie“ hatten fortan keine direkten Zugriffsmöglichkeiten mehr auf die Ressourcen aus der Erdölrente. Die Tatsache, dass auch dem Unternehmertum der bis dato selbstverständliche Zugriff auf zentrale Schaltstellen der staatlichen Wirt-

---

13 Während viele parteipolitisch Engagierte des alten Establishments auf offene Konfrontation setzten, gab es – wie in allen historischen Momenten politischer Zäsuren – auch andere, die sich politisch kooptieren ließen und als opportunistische Anhänger des neuen politischen Systems erhofften, an zukünftigen Verteilungspraxen partizipieren zu können.

schaftspolitik verweigert wurde, ließ sie rasch zu zentralen Protagonisten innerhalb der Opposition avancieren (Ortíz 2004: 85ff.). Diese Verdrängung von den nationalen "Futtertrögen" und Schalthebeln der Macht kann sicherlich als *der* Faktor für den engen Schulterschluss der politischen und ökonomischen Elite sowie Teilen der Mittel- und Oberschichten gegen die Regierung Chávez interpretiert werden. Kennzeichnend für diese heterogene Allianz, die sehr unterschiedliche Akteure mit stark differierenden Vorstellungen von Art und Ausmaß des Widerstandes gegenüber der Regierung Chávez zusammenführt, war das Fehlen von politischen Alternativen. Diese fehlende Programmatik, die über die bloße Ablehnung der aktuellen Regierung hinausweist, hinderte die alten Machtgruppen allerdings keineswegs daran, aktiv und gewaltsam die Wiederherstellung ihrer vergangenen Privilegien und der alten Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu betreiben. So setzte ab November 2001 eine breite Welle an politischen Widerständen ein. Anlass der Protestaktionen der politischen Opposition bildete die Verabschiedung bzw. Durchsetzung zentraler Reformvorhaben der Regierung mittels Präsidialdekreten. Hugo Chávez nutzte die ihm laut Verfassung zustehenden Sondervollmachten, um insgesamt 49 Dekrete, die unter anderem vorsahen, das staatliche Einkommen aus dem Erdölgeschäft zu erhöhen (*Ley de Hidrocarburos*) sowie eine Landreform<sup>14</sup> (*Ley de Tierras*) ohne Abstimmungsprozesse und Verhandlungen in der Nationalversammlung durchzusetzen. Insbesondere die angekündigte Restrukturierung der Erdölgesellschaft PDVSA sowie die damit einhergehende größere staatliche Kontrolle löste großen Unmut aus (Azzellini 2004: 203; López Maya 2006: 264ff.). Es folgten landesweite, von der Opposition organisierte Streiks, die sich von Dezember 2001 bis April 2002 hinzogen. Den vorläufigen Höhepunkt der Destabilisierungsversuche vonseiten der Opposition bildete der mit Unterstützung von hochrangigen reaktionären Militärs und Billigung der USA realisierte Putsch am 11. April 2002. Nach dem missglückten Putschversuch organisierte ein politisches Bündnis von führenden CTV-Gewerkschaftsfunktionären, Anhängern des alten Parteiensystems, nationalen und internationalen Unternehmen sowie dem Firmenmanagement der staatlichen Erdölgesellschaft eine massive Arbeitsniederlegungspolitik. Die politisch-

---

14 Die Landreform von 2001 sah eine Begrenzung des Landbesitzes auf maximal 100-5.000 Hektar vor, wobei für Landflächen, die zu weniger als 80% landwirtschaftlich genutzt werden, Abgaben gezahlt werden müssen oder sogar Enteignungen infrage kommen. Im Rahmen der *Ley der Hidrocarburos* wurde festgesetzt, dass der Staat zukünftig eine Aktienmehrheit von 51% innehat und die zu entrichtenden Steuern und Abgaben angehoben werden.

strategischen Protestmaßnahmen wurden darüber hinaus von zahlreichen Sabotageakten innerhalb der Erdölproduktionsketten flankiert, sodass ein massiver Einbruch der Förder- und Produktionszahlen zu verzeichnen war, der zu gigantischen staatlichen Einbußen führte.

### 5. Der Aufstieg der Neureichen und neue politische Machtgruppen

Der von Chávez' fortwährend artikulierten Drohung, der sogenannten "Oligarchie"<sup>15</sup> und im weitesten Sinne den Repräsentanten des "Ancien Regime" jegliche politische und ökonomische Teilhabemöglichkeiten zu versagen, hatte zwar seit seinem Regierungsantritt eine hohe diskursive Priorität, erfuhr allerdings erst im Zusammenhang mit dem Putsch im April 2002 und der Streikfolge zum Jahreswechsel 2002/2003 eine konsequente politische Umsetzung. Um die ökonomische Talfahrt aufzuhalten und die Handlungsfähigkeit der Regierung zurückzuerobern, ordnete Hugo Chávez Ende 2002 die Übernahme der staatlichen Erdölgesellschaft PDVSA an und veranlasste die Entlassung von circa 19.000 Angestellten, die sich an dem monatelangen "Generalstreik", an Sabotagehandlungen und den Aussperrungen von arbeitswilligen Arbeitern beteiligt hatten (Wilpert 2007: 25). Gleichzeitig erfolgten zahlreiche personelle Neubesetzungen im höheren Firmen-Management (López Maya 2006), um so den "Staat im Staat" zu entmachten und den alten machtvollen Akteursgruppen ein wirksames Instrument, der Regierung ökonomisch empfindlich zu schaden, aus der Hand zu nehmen. Mit der Unterwerfung der PDVSA unter die staatliche Kontrolle sicherte sich der Staat zudem beträchtliche verteilungspolitische Spielräume. Seit 2007 hat der venezolanische Staat zudem die Mehrheit an allen Förderprojekten im Erdölbereich übernommen. Darüber hinaus wurde verstärkt die Nationalisierung von Unternehmen in Schlüsselsektoren – wie beispielsweise dem Erdölsektor, der Telekommunikation, der Stromerzeugung, dem Bergbau und der Zementindustrie – vorangetrieben und somit eine Monopolstellung des Staates in diesen Branchen aufgebaut.<sup>16</sup> Dieses Vorgehen hatte u.a. auch

---

15 Der Begriff "Oligarchie" wird von Chávez nicht nur in seiner eigentlichen Bedeutung einer besonders einflussreichen kleinen Gruppe von Personen oder Familien verwendet, sondern darüber hinaus für alle gesellschaftlichen Akteure herangezogen, die sich öffentlich gegen die Regierung äußern. Der Begriff wird somit weitgehend synonym zu "Opposition" gebraucht.

16 Im Verlauf des Jahres 2009 wurden überdies die Hafenanlagen und Flughäfen sowie die Hafendienstleistungen unter staatliche Kontrolle gestellt. Die ehemals von US-amerikanischen Unternehmen getätigten Investitionen in den Branchen Elektrizität, Telekommu-



zum Ziel, regierungskritische privatwirtschaftliche Unternehmer der alten ökonomischen Elite zu marginalisieren und ihren Einfluss auf die nationale Wirtschaftskonjunktur zurückzudrängen. Im Zuge der Nationalisierungen werden die jeweiligen Management- und Führungspositionen gezielt mit "regierungstreuen" Personen besetzt, sodass sich die Ämtervergabe wie zu Zeiten der paktierten Demokratie vor allem an politischer Gefolgschaft und in diesem Fall an der Affinität zum "Bolivarischen Prozess" orientieren. Mittlerweile beziffert sich die Zahl der PDVSA-Beschäftigten auf circa 90.000 (*El Universal*, 13.11.2009). Werz (2009: 170) verweist in diesem Kontext darauf, dass die Zahl der Fachkräfte und Experten weiter gesunken sei.

Die generell im Zusammenhang mit Staatsaktivitäten lockenden Gewinnspannen stellen historisch, aber auch gegenwärtig, wieder eine der zentralen Bereicherungsquellen in Venezuela dar. An oberster Stelle sind sicherlich die Wirtschaftsaktivitäten und Transaktionsgeschäfte im Erdölsektor zu nennen, dicht gefolgt von Geldanlagegeschäften im Finanzsektor sowie Gewinnabschöpfungen aus dem Paralleldollarmarkt, dem Management der öffentlichen Verschuldung, des Weiteren das komplexe Feld der staatlichen Ankäufe von Unternehmen und Industrieanlagen sowie der gesamte Bereich der von der öffentlichen Hand getätigten Investitionen. Hochkonjunktur verbuchen dabei weiterhin die Wirtschaftsbereiche des Baugewerbes, logistische Dienste, das Fernmeldewesen und die Finanzbranche.

Die mit der enormen Steigerung der öffentlichen Ausgaben einhergehende Einlage von Staatsgeldern in kommerziellen Banken avancierte insbesondere für diejenigen Agenten, die gute Verbindungen zu den Ministerien und den Ministern unterhalten und mit der Auszahlung einträglicher Provisionen rechnen können, zu einem Geschäftsbereich mit enormen Gewinnmargen. Der venezolanische Finanzmarkt profitierte von der positiven Wirtschaftsentwicklung bzw. den Wachstumsraten der letzten Jahre überproportional und verzeichnete bis 2007 spektakuläre zweistellige Zuwachsraten (Engelhardt 2009). Die höchsten Gewinne verbuchten dabei die Banken BBVA Provincial, Tochter der spanischen Großbank BBVA und der Banco Venezuela, der 2009 schließlich – gegen eine entsprechende Auszahlung an die spanische Mutterbank Banco Santander – verstaatlicht wurde. Der Bankenaufsichtsbehörde, der *Superintendencia de Bancos y Otras Instituciones Financieras* (SUDEBAN) zufolge hat sich in den letzten zehn Jahren das

---

nikation und Nahrungsmittelindustrie werden seit 2008 immer häufiger durch Auslandsinvestitionen aus Ländern wie China, dem Iran und Brasilien ersetzt (Buerstedde 2009).

Geschäftsvolumen der lokalen Kreditwirtschaft nahezu versechsfacht (Engelhardt 2009). 2007 operierten auf dem venezolanischen Bankenmarkt 59 Kreditinstitute, wobei 49 Gesellschaften dem privaten Sektor zuzurechnen waren und die restlichen unter staatlicher Kontrolle standen. Führend im Privatkunden- und Geschäftskundenbereich sowie nach Kreditvolumen und Einlagen ist der Banco Banesco, dicht gefolgt von dem auch in der Versicherungsbranche und der Vermögensverwaltung tätigen Banco Mercantil. Erst dann folgen Banco Venezuela und BBVA Provincial. Der Anteil ausländischer Finanzgruppen am Kapital venezolanischer Banken ist mit einer Quote von unter 30% vergleichsweise gering.

Es wird davon ausgegangen, dass u.a. die massiv geförderten staatlichen Sozialprogramme zu einer spürbaren Erhöhung der Zahl konsumfreudiger und zahlungskräftiger Verbraucher sowie zu offiziell sinkenden Arbeitslosenquoten beigetragen haben. Die rapide Zunahme der verfügbaren Kredit- und Debitkarten bestätigt dabei die gewachsene Verbraucherbasis. Der private Konsum entwickelte sich somit zu einem der zentralen Wachstumsmotoren, von dem zwar alle Wirtschaftsbereiche profitierten, das Retailgeschäft<sup>17</sup> im Bankensektor aber sicherlich am meisten Gewinne schöpfen konnte. Zwischen 2003 und 2007 verzehnfachte sich das Kreditgeschäft, wobei die Konsumkredite und dabei jeweils der Bereich Autofinanzierung, Hypothekenkredite und das Geschäftsfeld der Mikrokredite den dynamischsten Teil ausmachten (Engelhardt 2009). Die Expansion der durch öffentliches Kapital kontrollierten Kreditinstitute hat zu einer Zunahme der kleinen und mittleren Banken und zeitgleich zu einem Dekonzentrationsprozess des venezolanischen Bankenmarktes geführt. Die vonseiten der Regierung Chávez zu beobachtenden Eingriffe in den Finanzsektor spiegeln den politischen Willen wider, den Einfluss auf die Dynamik der Branche gezielt auszubauen. Seit 2003 ist ein kontinuierlicher Anstieg des Marktanteils der staatlichen Banken (gegenwärtig über 22%) zu beobachten. Dies geht mit einer zunehmenden Allokation von staatlichem Kapital in öffentlichen Finanzhäusern einher.<sup>18</sup>

17 Alle Geschäftsbereiche, die unmittelbar mit Privatpersonen abgeschlossen werden: Kredite, Versicherungen, Kontoführung und Anlageninstrumente.

18 Im November/Dezember 2009 wurde ein Finanzskandal ungeheueren Ausmaßes aufgedeckt. Daraufhin wurden die drei Kreditinstitute Central Banco Universal, Banco Real und Baninvest unter staatliche Kontrolle und die vier Banken Canarias, Pro Vivienda, Bolívar und Confederado geschlossen. Den privaten Geldinstituten werden massive Unregelmäßigkeiten sowie illegale Finanzgeschäfte zur Last gelegt. Die eingeleiteten Ermittlungen erstrecken sich auch auf staatliche Funktionäre, die größere Geldsummen in

Angesichts einer Steigerung der öffentlichen Verschuldung einschließlich der Verschuldung der PDVSA von ca. 32,5 Mrd. US-\$ im Jahr 1998 auf 95 Mrd. US-\$ Anfang 2010 verspricht das Geschäft mit den öffentlichen Schulden ein weiterer lukrativer Bereich zu sein. Hier sind insbesondere Insiderwissen über genaue Konditionen der Schuldschein-Ausgaben bzw. Versteigerungen und zu erwartendes Marktverhalten Garantien für schnelle Erträge (Guerra 2006: o.S.; *Wirtschaftsnachrichten Venezuela*, 28.01.2010).

Ähnlich wie der gesamte Bausektor, der von den steigenden Staatsausgaben für den Ausbau öffentlicher Infrastruktur profitiert, konnten aber auch Händler und Unternehmer, die beispielsweise im Bereich des Vertriebs und der Zulieferung von subventionierten Lebensmitteln für das staatliche Lebensmittelversorgungssystem "Mercal" oder der Versorgung von staatlichen Einrichtungen mit technischer Ausstattung und Mobiliar tätig sind, in den letzten Jahren enorme Gewinne einfahren (Guerra 2006: o.S.). Zu den Profiteuren zählen dabei aber auch durchaus all jene öffentlichen Angestellten, die für die staatliche Auftragsvergabe und Abwicklung eben dieser Geschäfte verantwortlich zeichnen.

Die hohen Erdöleinnahmen der letzten Jahre und eine expansive staatliche Ausgabenpolitik sowie das gestiegene Konsumverhalten haben somit binnen weniger Jahre das Entstehen einer neuen, schnell zu Reichtum gekommenen Gesellschaftsschicht befördert. Diesem neuen gesellschaftlichen Segment sind insbesondere hochrangige Regierungsmitglieder, Militärangehörige und verschiedenste Unternehmer zuzurechnen. Diese von Kritikern mit Verweis auf die "Bolivarische Revolution" alltagssprachlich als "boliburguesía" titulierten Neureichen praktizieren ein exzessives und exquisites Konsumverhalten.<sup>19</sup>

---

die betroffenen Banken investiert und beiseitegeschafft haben sollen. Die Bankenaffäre hatte zudem den Rücktritt des Ministers für Wissenschaft und Technologie, Jesse Chacón, zur Folge. Gegen dessen Bruder und mehrere weitere hochrangige Banker war im Vorfeld ein Haftbefehl wegen krimineller Machenschaften ausgestellt worden. Seit dem 21. Dezember 2009 sind auch die Finanzinstitute Central Banco Universal, Confederado und Banco Real gemeinsam mit dem staatlichen Banfoandes zum "Banco Bicentenario" zusammengeschlossen worden. Der "Banco Bicentenario" verfügt somit über knapp 10% der gesamten Spareinlagen des Landes (ABN, 07.12.2009).

- 19 So verzeichnete beispielsweise die Kfz-Branche 2007 ein Rekordjahr, was sicherlich auch mit der allgemein gestiegenen Kaufkraft zusammenhängt. In diesem Kontext fällt aber besonders ins Auge, dass in den letzten Jahren die luxuriösen Automobilmarken einen überproportional hohen Absatz erfahren haben und ausländische Marken wie beispielsweise BMW, Mercedes-Benz und Hummer Wartelisten von mehreren Monaten bis zu einem Jahr hatten. Zum inoffiziellen Markenzeichen der neuen ökonomischen und politischen Eliten ist in den letzten Jahren der Hummer avanciert. 2007 bestätigte General

Geschäftstüchtige Unternehmer aller Couleur, die sich früh mit der Regierung verständigt und insbesondere in der Phase des Generalstreiks 2002/2003 ihre Unterstützung angeboten haben, trugen maßgeblich dazu bei, dass der Streik gegen den Export von Erdöl scheiterte. Im Gegenzug wurden sie bei der Vergabe von gewinnbringenden Aufträgen bevorzugt und avancierten bis heute zu den wichtigsten Zulieferern, Frachtunternehmern etc. der staatlichen Erdölgesellschaft PDVSA. Im Nachklang des gescheiterten Putschversuchs 2002 sowie dem Unternehmerstreik 2002/2003 setzte die Regierung in zahlreichen erdölabhängigen Wirtschaftsbereichen einen Wechsel der Unternehmensführungen durch – so beispielsweise auch in der petrochemischen Unternehmensgruppe Venoco, in der nach 2002 neue Besitzer firmierten, die auch in anderen Bohrerätezuliefer-/Erdölzuliefer-Unternehmen und weiteren Branchen Anteilseigner sind. Darüber hinaus fällt auf, dass viele der heute einflussreichen Geschäftsleute gleichzeitig Führungsfunktionen im Bankensektor bekleiden sowie Anteile an großen Firmen der Schlüsselindustrien und der Medienbranche erworben haben. Über die präferentielle Behandlung bei der Einzahlung öffentlicher Gelder bzw. der Vergabe öffentlicher Aufträge können sie mit enormen Gewinnmargen rechnen.

Aber auch der traditionellen ökonomischen Elite zugehörige Familienunternehmen sowie Teile der Oberschicht arrangieren sich inzwischen mit der neuen Regierung und versuchen, von der gegenwärtigen Wirtschaftssituation zu profitieren. Voraussetzung ist allerdings, dass sie keinen konfrontativen Kurs gegenüber der Chávez-Regierung einschlagen. Zu den emblematischen Beispielen zählen die Traditionsunternehmen der Familie Mendoza (u.a. Empresas Polar) und der Familie Cisneros (u.a. Venevisión). Sowohl die Unternehmensgruppe Polar, das größte Nahrungsmittelunternehmen Venezuelas, als auch Subunternehmen der Cisneros-Gruppe hatten während des Generalstreiks 2002/2003 durch die Stilllegung von verschiedenen Produktionsanlagen zu Engpässen in der Lebensmittelversorgung beigetragen. Im Januar 2003 hatte die Regierung darauf mit der Räumung von verschiedenen Lagerbeständen der Empresas Polar durch die Nationalgarde reagiert (*abc.es*, 18.01.2003). 2005 wurde zudem ein Firmengelände im Bundesstaat Barinas wegen "Unternutzung" enteignet. Auch in den letzten Jahren wird der Polar-Gruppe wiederholt vorgeworfen, Preissteigerungen und Engpässe bei der Grundnahrungsmittelversorgung, insbesondere bei Reis und Mais-

---

Motors, dass über 3.000 Fahrzeuge dieses Typs importiert worden seien, um der großen Nachfrage entsprechen zu können.

mehl, zu provozieren. Dies führte zuletzt dazu, dass im Februar 2009 das zur Unternehmensgruppe Polar gehörende Reisverarbeitungsunternehmen Arroz Primor verstaatlicht wurde und Chávez mit weiteren Nationalisierungen droht (*noticias24*, 28.02.2009; 06.03.2009).

Strategisch bedeutend klüger verhielt sich hingegen der Medien- und Telekommunikations-Tycoon Gustavo Cisneros mit seiner Unternehmensgruppe. Von 1998 bis 2004 zählte die Fernsehstation Venevisión, einer der wichtigsten Privatsender des Landes, zu den dezidiert regierungsfeindlichen Sendern und Cisneros selbst soll zu den Drahtziehern des Putsches gezählt haben (Arencibia/Alegre 2002).<sup>20</sup> Im Juni 2004 und somit im Vorfeld des Abberufungsreferendums scheint es im Rahmen eines unter der Vermittlung des Expräsidenten Jimmy Carter organisierten Treffens zu einer beidseitigen Aufkündigung des konfrontativen Kurses und einer Art politischem Stillhalteabkommen zwischen Cisneros und Chávez gekommen zu sein. Seitdem vermeidet es der Sender, konfliktive und regierungskritische Beiträge auszustrahlen und ersetzte die tagespolitischen Diskussionsrunden und Nachrichtensendungen durch Unterhaltungsprogramme. Im Vorfeld der Wahlen im Dezember 2006 wurde die neue Haltung des Senders offensichtlich, als der Regierung 84% der politischen Sendezeit und der Opposition lediglich 16% gewidmet wurden. Die Opposition warf Cisneros vor, sich Chávez gebeugt und sich selbst einen Maulkorb verpasst zu haben. Im Mai 2007 wurde die Sendelizenz von Venevisión für weitere fünf Jahre verlängert (*The New York Times*, 05.07.2007). Darüber hinaus wird spekuliert, dass Cisneros zusätzliche geschäftliche Vorteile aus dieser Einigung zieht, da Venevisión über Aufträge der Regierung angeblich mit Werbebuchungen staatlicher Institutionen versorgt werden soll (*Financial Times Deutschland*, 01.05.2008). Das Einvernehmen mit Repräsentanten der weiterhin einflussreichen traditionellen ökonomischen Eliten dient somit als probates Mittel, um sie, wenn auch nicht in das Regierungsvorhaben zu integrieren, so doch wenigstens politisch zu neutralisieren.

Die mittlerweile regelmäßige Ankündigung von vorher nicht öffentlich debattierten Regulierungen und Gesetzesmaßnahmen, die anhaltend hohe Inflation und immer stärkere Kontrolle privatwirtschaftlicher Initiativen sowie das alarmierende Maß an (Gewalt-)Kriminalität und das allgegenwärtige Gefühl der Unsicherheit haben in den letzten zehn Jahren eine geschätz-

---

20 Malte Daniljuk (2007: 99) verweist darauf, dass die herrschende Meinungs- und Informationsmacht der dominierenden privaten Medienanstalten dazu beitrug, den Putsch als *golpe mediático*, also medialen Putsch zu betiteln.

te Million Venezolaner veranlasst, das Land zu verlassen. Eine jüngst veröffentlichte Studie des internationalen Wirtschaftsinstituts *Latin American Economic System* gibt an, dass die Auswanderung von über 25-jährigen, hoch qualifizierten Arbeitnehmern in Länder der *Organisation for Economic Co-operation and Development* (OECD) in den Jahren von 1990 bis 2007 um 216% zugenommen habe (*Newsweek*, 18.07.2009). Laut Medienberichten kaufen sich jene mit entsprechenden finanziellen Mitteln und Möglichkeiten auf der Suche nach Rückgewinnung der gewünscht hohen Lebensqualität vermehrt Grundstücke in Miami oder Panama City. Die Privatgeschäfte in Venezuela würden häufig nicht aufgegeben, sondern aus der Distanz kontrolliert und weitergeführt. Bereits 2007 sollen Venezolaner zu den eifrigsten Investoren in der Immobilienbranche in Panama gezählt haben (*aporrrea*, 07.02.2010; *Glgrou*, 24.03.2008).

Chávez hat aus den Ereignissen 2002 und 2003 sowie der tragenden Rolle der Medien bei dem Putsch seine Lehren gezogen und versucht seitdem, die alte etablierte Medienelite Schritt für Schritt zu verdrängen bzw. deren Einfluss zu begrenzen, indem Lizenzen nicht erneuert, Sendefrequenzen gesperrt, in der Folge Fernseh- und Rundfunkanstalten geschlossen werden (siehe auch den Beitrag von Cabrera/Silva Ferrer in diesem Band). Unter der Prämisse, das Frequenzspektrum zu demokratisieren sowie den Aufbau neuer Medien zu unterstützen, wird gleichzeitig die Einrichtung neuer Fernsehkanäle und Radioanstalten gefördert. Insbesondere in benachteiligten Stadtteilen erhöht sich in den letzten Jahren die Zahl an lokalen und kommunitären Initiativen der Alternativ- und Basismedien sprunghaft (Daniljuk 2007).

Regierungsfreundliche Unternehmer, die neu in die private Medienbranche einsteigen, können mit günstigen Rahmenbedingungen rechnen. Viele der neuen privaten Medien-*Youngsters* sind bekannte Unterstützer Chávez' oder gehören zu den regierungsfreundlichen Unternehmern, die bereits in anderen Branchen aktiv sind und nun auch im lukrativen Mediengeschäft Gewinne erzielen wollen.

Insbesondere in der privaten Printmedien-Branche versucht die Regierung, sich über Werbeaufträge politischen Einfluss und Loyalität zu sichern. Regierungsfreundliche Printmedien sollen in den letzten Jahren zwölf Mal so viele Regierungsinserate wie oppositionelle Medien erhalten haben (*The New York Times*, 27.05.2007). Auch diese Praxis stellt grundsätzlich nichts Neues dar, da es auch in der Vergangenheit üblich war, dass die Regierungen die Medien als politisches Sprachrohr benutzten. Eine neue Qualität

erreicht diese Einflusspolitik allerdings in Kombination mit der Verschärfung von Auflagen und der Verabschiedung von neuen Medien- und Pressegesetzen, wie beispielsweise das im Dezember 2004 verabschiedete “Gesetz für die soziale Verantwortung von Radio und Fernsehen”, deren Auslegung sehr weit ausfallen kann. Wie Cisneros haben auch andere privatwirtschaftliche Medienanstalten, die vorher einen aggressiven Anti-Chávez-Diskurs führten, ihren konfrontativen Ton gegenüber der Regierung deutlich zurückgenommen und sich den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen pragmatisch oder opportunistisch angepasst. Nicht zuletzt, um von der aktuellen Liquidität der Regierung zu profitieren und den Staat als Anzeigenkunden zu gewinnen, verhalten sich viele private Medien mittlerweile ruhig. Schließlich versprechen die vielen offiziellen Werbekampagnen der “Bolivarischen Revolution” ein rentables Geschäft.

#### **6. Nebenblüten der Macht oder “cambiar todo sin cambiar nada”**

Der Regierungswechsel 1998 und die seither zu beobachtenden innergesellschaftlichen Machtverschiebungen eröffne(te)n insbesondere für diejenigen, die Zugang zum Epizentrum der Macht und den neuen politischen Akteuren hatten, eine Reihe von neuen Möglichkeiten und Chancen.

Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass sich wie in den Jahrzehnten zuvor die sozioökonomische und politische Dynamik weiterhin vor allem durch das Bestehen sozialer und ökonomischer Netzwerke auszeichnet, die auf informellen Formen des Regierens wie Patronage und Nepotismus beruhen. Diese Form der Sicherung politischer Loyalität und Versorgung bzw. Vorteilsbeschaffung von Familienangehörigen ist somit nichts, was die gegenwärtige politische Phase besonders auszeichnet. Vielmehr stellte dieser Usus insbesondere in Zeiten ökonomischer Prosperität und zur Verfügung stehender Verteilungsspielräume wie beispielsweise während der Erdölbonanza in den 1970er Jahren, schon immer eine – gesellschaftlich weitestgehend akzeptierte – Form individueller Bereicherung dar. Dass diese Politikmuster demokratische Transparenz und Kontrolle in hohem Maße unterlaufen, scheint in der öffentlichen Wahrnehmung zweitrangig zu sein. Da Chávez 1998 allerdings auch mit der Losung antrat, die Korruption und bestehenden Seilschaften der “IV. Republik” im Land zu bekämpfen bzw. zu zerschlagen und sowohl politische als auch ökonomische und soziale Teilhabe für alle Venezolaner – insbesondere der bisher ignorierten Bevölkerungsgruppen – gewährleisten zu wollen, muss er sich an diesen Aussagen messen lassen.

So sorgten laut Medienberichten die 2008 bei der Generalstaatsanwaltschaft eingereichten Anzeigen im Zusammenhang mit den von der Präsidentin der Nationalversammlung Cilia Flores gebilligten mehr als 40 Beschäftigungsverhältnissen von direkten und entfernteren Familienangehörigen für den massiven Vorwurf der Korruption und Vetternwirtschaft (*El Universal*, 09.07.2008; *YVKE Mundial*, 18.07.2008).

Im Bundesstaat Barinas wurden seit dem Inkrafttreten der *Ley de Tierras* im Jahr 2002 laut Medienberichten 400.000 ha von den landesweit insgesamt 2,3 Mio. enteigneten Hektar umverteilt (*El Mundo*, 20.04.2008). Offiziell verfügten zum damaligen Zeitpunkt 5% der Bevölkerung über 80% der fruchtbaren Agrar- und Weideflächen und die Regierung erklärte den Bundesstaat zu einem Modell "für einen ernstgemeinten sozialen Ausgleich" im Rahmen der "Bolivarischen Revolution". In diesem Zusammenhang existieren Vorwürfe, dass der Landbesitz der Familie Chávez in den vergangenen Jahren von einer zweistelligen Hektargröße auf eine mittlerweile Dreistellige angewachsen sein soll. Die jahrelange rechte Hand von Adán Chávez, der ehemalige Abgeordnete des PSUV und heutiger Dissident Wilmer Azuaje, reichte diesbezüglich im Frühjahr 2008 eine Klage bei der Nationalversammlung ein, die den Familienangehörigen Korruption und unrechtmäßigen Landerwerb zur Last legt (*El Universal*, 30.05.2008). Die Anhäufung von Ämtern, der Vorwurf von unrechtmäßigem Landerwerb sowie einzelne Korruptionsskandale im Zusammenhang mit dem Bau von öffentlichen Infrastruktureinrichtungen sorgen in dem Bundesstaat für immer mehr Unmut und den Vorwurf, die Chávez-Familie würde sich regional als Landesfürsten bzw. als *neue Oligarchie* aufführen.

## 7. Schlussbemerkungen: Elitenwechsel – aber wenig Neues?

Die Unabhängigkeit Venezuelas und die darauffolgenden Jahrzehnte beförderten die Konsolidierung des innergesellschaftlichen Machtgefüges und die Privilegiensicherung der traditionellen Eliten. Kennzeichnend, besonders für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts, ist die enge Verflechtung von politischer und ökonomischer Macht. Trotz markanter politischen Veränderungen, d.h. dem Wechsel von militärischen Regimes hin zu demokratischen Regierungen im letzten Jahrhundert zeichnete sich die Konfiguration der venezolanischen Machtgruppen durch eine punktuelle Auffächerung, aber vor allem durch strukturelle Kontinuität aus. Insbesondere der direkte Zugriff auf die Erdölrente, aber auch die rentengestützte Ausweitung der öffentlichen Ausgaben beförderten den Aufstieg neuer ökonomischer Machtgruppen, ohne



jedoch die traditionellen Eliten zu verdrängen. Insofern markiert der Regierungsantritt von Hugo Chávez 1998 zweifelsfrei einen historischen Einschnitt, da mit der konsequenten Verdrängung der Repräsentanten des seit 1958 dominierenden Zweiparteiensystems von den Schaltzentralen der Macht ein systematischer politischer Elitenwechsel erfolgte. Zu den negativen Merkmalen der neuen politischen Machtgruppen, die sich vor allem aus einer hohen Zahl an Militärangehörigen zusammensetzt, zählt wie in den Jahrzehnten zuvor – allerdings unverhohlener – die Tendenz zur persönlichen Bereicherung über den direkten oder indirekten Zugriff auf die Renteneinnahmen. Bei der Neukonfiguration der ökonomischen Machtgruppen ist der schnelle Aufstieg von Akteuren auffällig, die zur neuen politischen Elite zählen. Über präferentielle Geschäftsbeziehungen und den direkten Zugang zu staatlichen Transfer- und Subventionsleistungen konnten diese im ökonomischen Kontext neuen Akteure in einem relativ kurzen Zeitraum große Gewinne verbuchen. Ideologischen Feindschaften zum Trotz versuchen Teile der auch weiterhin einflussreichen alten ökonomischen Machtgruppen seit 2002/2003, sich mit der Regierung zu arrangieren, um ihre traditionellen Vorteile weiterhin zu sichern.

Die subalternen Bevölkerungsgruppen haben vor allem von der Umsetzung der multidimensional ansetzenden Sozialprogramme und der staatlichen Transferleistungen graduell profitiert. Weisbrot/Ray/Sandoval weisen in ihrer Anfang 2009 veröffentlichten Studie daraufhin, dass offiziellen Angaben<sup>21</sup> zufolge während des letzten Jahrzehnts der Anteil der armen Haushalte um 39% und die extreme Armut um mehr als die Hälfte reduziert worden sei.<sup>22</sup> Zudem habe sich die Ungleichheit gemessen am Gini-Koeffizienten von 47 im Jahr 1999 auf 41 im Jahr 2008 verringert (Weisbrot/Ray/Sandoval 2009: 9ff.).

Personell hat ein Elitenwechsel stattgefunden; strukturell und gemessen an den eigenen politischen Postulaten sind nach über zehn Jahren Chávez-Regierung allerdings viele Kontinuitäten zu verzeichnen. So scheint die Rolle staatlicher Transfer- und Subventionsleistungen nicht als Übergangsmoment konzipiert zu sein, um strukturellen gesellschaftlichen Veränderungen und Umverteilungsprozessen den Weg zu ebnen. Von oben droht sich erneut die Logik durchzusetzen, die Zugriffsmöglichkeiten auf staatliche Ressour-

---

21 Sicherlich ist die von den Autoren dargestellte Tendenz nicht falsch, allerdings ist es ratsam, die aufgeführten Indikatoren mit weiteren, insbesondere sofern vorhanden, nicht offiziellen Quellen zu kontrastieren.

22 Diese Angaben beziehen sich ausschließlich auf das tatsächliche Einkommen.

cen zur eigenen Bereicherung zu missbrauchen und sich darüber politische Loyalität zu sichern. Beide Elemente setzen den emanzipativen Prozessen innerhalb des venezolanischen Transformationsprojektes Grenzen und stehen dem Abbau struktureller gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsasymmetrien im Weg.

### Literaturverzeichnis

- abc.es*: “Chávez rechaza el actual Grupo de Amigos y viaja a Brasil para afinarlos”. In: <[www.abc.es/hemeroteca/historico-18-01-2003/abc/Internacional/chavez-rechaza-el-actual-grupo-de-amigos-y-viaja-a-brasil-para-afinarlo\\_156284.html](http://www.abc.es/hemeroteca/historico-18-01-2003/abc/Internacional/chavez-rechaza-el-actual-grupo-de-amigos-y-viaja-a-brasil-para-afinarlo_156284.html)> (18.01.2003).
- ABN (*Agencia Bolivariana de Noticias*): “Banco Bicentenario abrirá sus puertas el próximo 21 de diciembre”. In: <[www.abn.info.ve/noticia.php?articulo=210778&lee=3](http://www.abn.info.ve/noticia.php?articulo=210778&lee=3)> (07.12.2009).
- aporrea.org*: “Venezolanos en Panama”. In: <[www.aporrea.org/internacionales/a94734.html](http://www.aporrea.org/internacionales/a94734.html)> (07.02.2010).
- Arencibia, Fabiana/Alegre, Walter (2002): “Auf den Spuren des Putsches: Beweise für US-amerikanische Einmischung”. In: *Poonal*, 521 (<[www.npla.de/poonal/archiv/470#0](http://www.npla.de/poonal/archiv/470#0)>; 29.03.2011).
- Azzellini, Dario (2004): “Der Bolivarianische Prozess: Konstituierende Macht, Partizipation und Autonomie”. In: Kaltmeier, Olaf/Kastner, Jens/Tuider, Elisabeth (Hrsg.): *Neoliberalismus – Autonomie – Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika*. Münster, S. 196-215.
- Boeckh, Andreas (1988): “Die Schuldenkrise und die Krise des bürokratischen Entwicklungsstaates in Venezuela”. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 29, 4, S. 636-655.
- (1997): “Venezuela: Die schmerzvolle Transformation eines Erdöllandes”. In: Boeckh, Andreas/Pawelka, Peter (Hrsg.): *Staat, Markt und Rente in der internationalen Politik*. Opladen, S. 285-315.
- Boeckh, Andreas/Graf, Patricia (2005): “Der Comandante in seinem Labyrinth: Das bolivarianische Gedankengut von Hugo Chávez”. In: Boeckh, Andreas/Sevilla, Rafael (Hrsg.): *Venezuela – die bolivarianische Republik*. Bad Honnef, S. 81-105.
- Buerstedde, Peter (2009): “Wirtschaftstrends Venezuela Jahresmitte 2009”. In: *German Trade & Invest (gtai)*, Juli (<[www.gtai.de/fdb-SE,MKT200908118022,Google.html](http://www.gtai.de/fdb-SE,MKT200908118022,Google.html)>; 21.10.2009).
- Carlos Rey, Juan (1991): “La Democracia venezolana y la crisis del sistema populista de conciliación”. In: *Revista de Estudios Políticos (Nueva Época)*, 74, S. 533-578.
- Carvallo, Gastón/Hernández, Josefina (1981): “Dominación burguesa y democracia representativa en Venezuela. Apuntes para la evaluación de su funcionamiento”. In: *Revista Mexicana de Sociología*. México, D.F., 43, 2, S. 565-600.
- Coronil, Fernando (2002): *El Estado mágico – Naturaleza, dinero y modernidad en Venezuela, Caracas/Venezuela*. Venezuela.
- Daniljuk, Malte (2005): “Chávez mediale Offensive”. In: *Lateinamerika Nachrichten*, 372 (<[www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?/artikel/610.html](http://www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?/artikel/610.html)>; 29.03.2011).

- (2007): “Gestaltung einer neuen Medienpolitik”. In: Holm, Andrej (Hrsg.): *Revolution als Prozess*. Hamburg, S. 97-116.
- Der Spiegel* (11.12.1978): “Vom Gold verdorben”. In: *Der Spiegel*, 50, S. 193.
- Dryzek, John S./Dunleavy, Patrick (2009): *Theories of the Democratic State*. Hampshire/New York.
- Duno, Pedro (1975): *Los doce apóstoles: proceso a la degradación política*. Valencia.
- El Mundo*: “Los Chávez son los nuevos ricos”. In: *Crónica*, 653, suplemento de *El Mundo* (<[www.elmundo.es/suplementos/cronica/2008/653/1208642401.html](http://www.elmundo.es/suplementos/cronica/2008/653/1208642401.html)>; 20.04.2008).
- El País*: “El futuro de América Latina. Los chavistas desafían a Chávez. El presidente venezolano afronta críticas en su partido por el reparto del poder”. In: <[www.elpais.com/articulo/internacional/chavistas/desafian/Chavez/elpepiint/20080309elpepiint\\_1/Tes](http://www.elpais.com/articulo/internacional/chavistas/desafian/Chavez/elpepiint/20080309elpepiint_1/Tes)> (09.03.2008).
- El Universal*: “Contraloría halla desorden en gestión de gobernador Chávez”. In: <[www.eluniversal.com/2008/05/30/pol\\_art\\_contraloria-halla-de\\_883853.shtml](http://www.eluniversal.com/2008/05/30/pol_art_contraloria-halla-de_883853.shtml)> (30.05.2008).
- “Asamblea Nacional no investigará denuncias de ‘nepotismo’”. In: <[www.eluniversal.com/2008/07/09/pol\\_ava\\_asamblea-nacional-no\\_09A1783041.shtml](http://www.eluniversal.com/2008/07/09/pol_ava_asamblea-nacional-no_09A1783041.shtml)> (09.07.2008).
- “Futpv calcula que contrato costará BsF 9,4 millones”. In: <[www.eluniversal.com.ve/2009/11/13/eco\\_art\\_futpv-calcula-que-co\\_1652593.shtml](http://www.eluniversal.com.ve/2009/11/13/eco_art_futpv-calcula-que-co_1652593.shtml)> (13.11.2009).
- “Señalan contradicción entre recesión de la economía y repunte petrolero”. In: <[www.eluniversal.com/2009/11/18/eco\\_ava\\_senalan-contradiccio\\_18A3074491.shtml](http://www.eluniversal.com/2009/11/18/eco_ava_senalan-contradiccio_18A3074491.shtml)> (18.11.2009).
- Engelhardt, Rolf (2009): “Venezolanischer Bankenmarkt: Petrodollars beflügeln Bankengewinne”. In: *die bank, Zeitschrift für Bankpolitik und Praxis*, 2 (<[www.die-bank.de/finanzmarkt/petrodollars-beflugeln-bankengewinne](http://www.die-bank.de/finanzmarkt/petrodollars-beflugeln-bankengewinne)>; 30.09.2010).
- Espinasa, Ramón (2001): “El marco fiscal petrolero venezolano: evolución y propuestas”. In: Valecillos, Héctor/Bello, Omar: *La economía contemporánea de Venezuela 1990-1999. Ensayos escogidos*. Caracas.
- Financial Times Deutschland* (01.05.2008): “Gustavo Cisneros – verstummter Ankläger”. In: <[www.ftd.de/karriere-management/management/portraet-gustavo-cisneros-verstummter-anklaeger/350159.html](http://www.ftd.de/karriere-management/management/portraet-gustavo-cisneros-verstummter-anklaeger/350159.html)> (30.09.2009).
- Gerdes, Claudia (1992): *Eliten und Fortschritt: Zur Geschichte der Lebensstile in Venezuela 1908-1958*. Frankfurt am Main.
- Glgrou – Gerson Lehrman Group: “The Hummer Revolución: Venezuela’s Affluent Class Revs up Spending”. In: <[www.glgrou.com/News/The-Hummer-Revoluci%C3%B3n--Venezuelas-affluent-class-revs-up-spending-22842.html](http://www.glgrou.com/News/The-Hummer-Revoluci%C3%B3n--Venezuelas-affluent-class-revs-up-spending-22842.html)> (31.09.2010).
- Guerra, José (2006): “Los negocios de la boliburguesía”. In: <[www.analitica.com/va/economia/opinion/7117978.asp](http://www.analitica.com/va/economia/opinion/7117978.asp)> (29.03.2011).
- Hofmeister, Wilhelm (2007): “Las elites en América Latina: un comentario desde la perspectiva de la cooperación para el desarrollo”. In: Birle, Peter/Hofmeister, Wilhelm/Maihold, Günther/Pothast, Barbara (Hrsg.): *Elites en América Latina*. Madrid/Frankfurt am Main, S. 125-135.

- Hradil, Stefan/Imbusch, Peter (Hrsg.) (2003): *Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen*. Opladen.
- Karl, Terry Lynn (1987): "Petroleum and Political Pacts: The Transition to Democracy in Venezuela". In: *Latin American Research Review*, 22, 1, S. 63-94.
- (1997): *The Paradox of Plenty: Oil Booms and Petro-States*. Berkeley/Los Angeles.
- Lacabana, Miguel (2006): "Petróleo y hegemonía en Venezuela. La construcción de un proyecto nacional democrático-popular en el siglo XXI". In: Basualdo, Eduardo M./Arceo, Enrique: *Neoliberalismo y sectores dominantes. Tendencias globales y experiencias nacionales*. Buenos Aires: CLACSO (<[www.bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/grupos/basua/C10Lacabana.pdf](http://www.bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/grupos/basua/C10Lacabana.pdf)>; 29.03.2011).
- Lambert, Tobias (2008): "Provisorische Parteigründung. Vereinte Sozialistische Partei Venezuelas aus der Taufe gehoben". In: *Lateinamerika Nachrichten*, 406, S. 14-16.
- Levine, Daniel (1978): "Venezuela Since 1958: The Consolidation of Democratic Politics". In: Linz, Juan S./Stephan, Alfred (Hrsg.): *The Breakdown of Democratic Regimes: Latin America*. Baltimore, S. 223-251.
- Levine, Daniel H./Crisp, Brian F. (1999): "Venezuela: The Character, Crisis, and Possible Future of Democracy". In: Diamond, Larry/Hartlyn, Jonathan/Linz, Juan J./Lipset, Seymour Martin (Hrsg.): *Democracy in Developing Countries. Latin America*. London, S. 366-428.
- López Maya, Margarita (2006): *Del Viernes negro al Referendo Revocatorio*. Caracas.
- Machado de Acedo, Clemy/Plaza, Elena/Pacheco, Emilio (1981): *Estado y grupos económicos en Venezuela. Su análisis a través de la tierra, construcción y banca*. Caracas.
- Mommer, Bernard (1985): "La cuestión petrolera". In: *Boletín americanista*, 35, S. 191-221. (<[www.raco.cat/index.php/BoletinAmericanista/article/view/98456/146081](http://www.raco.cat/index.php/BoletinAmericanista/article/view/98456/146081)>; 29.03.2011).
- (2003): "Petróleo subversivo". In: Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (Hrsg.): *La política venezolana en la época de Chávez. Clases, polarización y conflicto*. Caracas, S. 167-185.
- Naím, Moisés (1993): *Paper Tigers and Minotaurs: The Politics of Venezuela's Economic Reforms*. Washington, D.C.
- Newsweek* (18.07.2009): "Brain Drain. After a Decade of 21st-Century Socialism, the Chief Export of Venezuela and its Allies Seems to be the Intelligentsia". In: <[www.newsweek.com/id/207382/page/1](http://www.newsweek.com/id/207382/page/1)> (31.11.2009).
- Norden, Deborah L. (2003): "Democracy in Uniform: Chávez and the Venezuelan Armed Forces". In: Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (Hrsg.): *Venezuelan Politics in the Chávez Era: Class Polarization & Conflict*. Colorado/London, S. 93-112.
- noticias24: "El gobierno toma la primera arrocera: 'Primor', de Empresas Polar". In: <[www.noticias24.com/actualidad/noticia/25445/el-gobierno-toma-la-primer-arrocera-primor-de-empresas-polar/](http://www.noticias24.com/actualidad/noticia/25445/el-gobierno-toma-la-primer-arrocera-primor-de-empresas-polar/)> (28.02.2009).
- "Mendoza, si sigues mamando gallo te voy a quitar todita la Polar". In: <[www.noticias24.com/actualidad/noticia/25897/por-mas-sangre-azul-que-sea-mendoza-si-sigue-le-quitara-toda-la-polar/](http://www.noticias24.com/actualidad/noticia/25897/por-mas-sangre-azul-que-sea-mendoza-si-sigue-le-quitara-toda-la-polar/)> (06.03.2009).
- Ortiz, Nelson (2004): "Entrepreneurs: Profits Without Power". In: McCoy, Jennifer L./Myers, David J. (Hrsg.): *The Unraveling of Representative Democracy in Baltimore*. Baltimore, S. 71-92.
- Petkoff, Teodoro (2008): Interview (Petkoff-Losada) am 8. Oktober 2008. Caracas.

- Pino Iturrieta, Elías/Méndez, Rosalba (1988): *Juan Vicente Gómez y su época*. Caracas.
- Rangel, Domingo Alberto (1972): *La oligarquía del dinero*. Caracas.
- Schaeffler, Klaus: *Wirtschaftsnachrichten Venezuela* (28.01.2010).
- Soitu.es: “La elección de la directiva del PSUV registró una participación electoral de 67 por ciento”. In: <[www.soitu.es/soitu/2008/03/09/info/1205099317\\_305767.html](http://www.soitu.es/soitu/2008/03/09/info/1205099317_305767.html)> (09.03.2008).
- Sonntag, Heinz (1984): “Estado y desarrollo sociopolítico en Venezuela”. In: *Revista Cuadernos del Cendes*, 4. Caracas, S. 13-66.
- Spiegel online international: “Venezuelan State Elections: Pressure Mounts for Entire Chavez Clan”. In: <[www.spiegel.de/international/world/0,1518,591712,00.html](http://www.spiegel.de/international/world/0,1518,591712,00.html)> (20.11.2008).
- The New York Times: “Media Mogul Learns to Live with Chávez”. In: <[www.nytimes.com/2007/07/05/world/americas/05venez.html?\\_r=3&n=Top/News/World/Countries%20and%20Territories/Venezuela&oref=slogin](http://www.nytimes.com/2007/07/05/world/americas/05venez.html?_r=3&n=Top/News/World/Countries%20and%20Territories/Venezuela&oref=slogin)> (05.07.2007).
- Trinkunas, Harold A. (2004): “The Military, From Marginalization to Center Stage”. In: McCoy, Jennifer L./Myers, David J. (Hrsg.): *The Unraveling of Representative Democracy in Venezuela*. Baltimore, S. 50-70.
- Urbaneja, Diego Bautista (1995): *Pueblo y Petróleo en la Política Venezolana del siglo XX*. Caracas.
- Villasmil Bond, Ricardo (2005): *Lecciones aprendidas de política económica en Venezuela: 1936-2004*. Caracas.
- Waldmann, Peter (2007): “Algunas observaciones y reflexiones críticas sobre el concepto de elite(s)”. In: Birle, Peter/Hofmeister, Wilhelm/Maihold, Günther/Potthast, Barbara (Hrsg.): *Elites en América Latina*. Madrid/Frankfurt am Main, S. 9-30.
- Weisbrot, Marc/Ray, Rebecca/Sandoval, Luis (2009): *The Chávez Administration at 10 Years: The Economy and Social Indicators*. Washington, D.C.
- Welsch, Friedrich/Carrasquero, José Vicente (2001): *Venezuela unter Chávez: Zwischen demokratischer Revolution und Caudillismo* (Ibero-Analysen, 7). In: <[www.iai.spk-berlin.de/fileadmin/dokumentenbibliothek/Ibero-Analysen/Ibero-Analysen%20Heft%207.pdf](http://www.iai.spk-berlin.de/fileadmin/dokumentenbibliothek/Ibero-Analysen/Ibero-Analysen%20Heft%207.pdf)> (29.03.2011).
- Werz, Nikolaus (2009): *Venezuela: Das Ölland in der Wirtschaftskrise* (Nueva Sociedad Sonderheft, Oktober) (<[www.nuso.org/upload/deutsch/2009/Werz.pdf](http://www.nuso.org/upload/deutsch/2009/Werz.pdf)>; 29.03.2011).
- Wilpert, Gregory (2007): *Changing Venezuela by Taking Power*. London.
- YVKE mundial: “PSUV expulsa a Henry Falcón, Wilmer Azuaje, Wilmer Pérez y Luis Díaz”. In: <[www.radiomundial.com.ve/yvke/noticia.php?5401](http://www.radiomundial.com.ve/yvke/noticia.php?5401)> (30.04.2008).
- “Colegio de periodistas usado como ‘punta de lanza opositora’ en denuncias contra AN”. In: <[www.radiomundial.com.ve/yvke/noticia.php?t=8035&imprimir=1](http://www.radiomundial.com.ve/yvke/noticia.php?t=8035&imprimir=1)> (18.07.2008).
- Zeuske, Michael (2008): *Von Bolívar zu Chávez: Die Geschichte Venezuelas*. Zürich.